

7,5 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Oberhausen muß Prioritäten setzen

(Von J. Lange.)

Während unsere Stadt finanziell am Limit arbeitet, steigen die Ausgaben für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) in Oberhausen weiter massiv an. Laut aktueller Berichterstattung summieren sich die Kosten inzwischen auf rund 7,5 Millionen Euro.

Auch wenn ein Teil der Kosten über andere Ebenen refinanziert wird, bleibt am Ende die Belastung für Verwaltung, Jugendhilfe, Unterbringung und kommunale Strukturen vor Ort bestehen.

Gleichzeitig fehlen vielerorts Mittel, nämlich

- für die Sanierung von Schulen,
- für sichere Spielplätze,
- für Straßen und Infrastruktur,
- für Vereine,
- für Seniorenangebote,
- und für unsere eigenen Familien und Kinder.

Die Jugendhilfe in Oberhausen steht ohnehin unter enormem Druck. Immer mehr Kinder benötigen Unterstützung, Plätze sind knapp und die Kosten explodieren. In dieser Situation braucht es endlich eine ehrliche Debatte über Belastungsgrenzen und politische Prioritäten.

7,5 Millionen Euro sind zu viel!

Unsere Stadt darf nicht dauerhaft Aufgaben übernehmen müssen, die Bund und EU durch ihre Migrationspolitik verursachen. Oberhausen braucht Entlastung statt immer neuer finanzieller Verpflichtungen.